

Besserer Schutz für Polizisten

Bei der 10. Europäischen Polizeitrainer-Fachkonferenz in Nürnberg referierten Experten über Terrorismus, Salafismus, Ballistik und Eigensicherung.

Nach den Krawallen in Hamburg wurde die persönliche Körper- schutzausrüstung der Polizisten innerhalb eines Jahres verbessert. Darüber informierte der Leitende Polizeidirektor Werner Süßmann von der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung Nürnberg bei der Eröffnung der 10. Europäischen Polizeitrainer-Fachkonferenz am 4. März 2015 in Nürnberg.

Der neue dunkelblaue Einsatzanzug der Polizei ist mit feuerhemmendem Material ausgestattet. Noch vor dem G7-Gipfel am 7. und 8. Juni 2015 im Schloss Elmau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wird zudem die digitale Funkausrüstung der Polizei abgeschlossen sein. Nach den Terroranschlägen in Paris und Kopenhagen sei es eine Frage der Zeit, bis sich Derartiges auch in Deutschland ereignen werde, betonte Süßmann. Anschläge von Einzeltätern seien kaum vorhersehbar.

Hermann Benker, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Bayern, bezeichnete terroristische Angriffe auf Polizisten, wie das etwa in Belgien der Fall war, als Mittel, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung „am Nerv“ zu treffen. Absoluten Schutz werde es nicht geben können und das anzustrebende Ziel sei nicht der schwer bewaffnete Polizist, aber die politisch Verantwortlichen müssten für ausreichend Personal, persönlichen Schutz der Beamten und rechtliche Voraussetzungen sorgen. Die polizeilichen Strukturen und die allgemeine Sicherheitsstruktur seien gesamteuropäisch zu überdenken. Die Po-



Europäische Polizeitrainer-Fachkonferenz: Eckhard Niebergall (1. PiD-Vorsitzender), Julia Emig (Landesamt für Verfassungsschutz Hessen), Prof. Markus Rothschild (Institut für Rechtsmedizin Köln), Hermann Benker (Polizeigewerkschaft).

lizei sei entweder dem Innen- oder dem Verteidigungsministerium zugeordnet, was Schwierigkeiten in der Kommunikation mit sich bringe. Auch die Rolle privater Sicherheitsdienste, die deutliche Zuwachsraten aufweisen, bedürfe größerer Aufmerksamkeit.

2013 wurden in Bayern 6.811 Polizisten im Dienst verletzt und 14.500 wurden angegriffen. Jeder dritte Polizist werde im Jahr während seiner Dienstausübung Opfer eines Gewaltdelikts, sagte Benker. Dass die Strafen für Angriffe gegen Polizeibeamte angehoben wurden, sei über eine mögliche Abschreckung von Tätern hinaus zumindest ein Signal, dass derartige Straftaten ernst genommen würden. Der neue Einsatzanzug sei zwar eine wichtige Errungenschaft, doch fehle es immer noch an Einsatzmitteln, die den Wirkungsbereich zwischen Pfefferspray bzw. Taser und der Schusswaffe abdecken. Hier sei noch viel Forschungsarbeit zu leisten, betonte Benker. Bayern sichert als erstes deutsches Bundesland Polizeibeamten seit 1. Jänner 2015 eine Vorleistung auf einen Schmerzensgeldanspruch zu. Wird ein Anspruch an den Täter, der 500 Euro übersteigt,

rechtskräftig zuerkannt und bleibt ein Vollstreckungsversuch erfolglos, wird vom Dienstgeber der Betrag vorgestreckt und von diesem in der Folge vom Verpflichteten hereinzubringen versucht. Diese Regelung soll auch in den anderen deutschen Bundesländern eingeführt werden.

Terrorangriffe. Bernd Pokojewski vom Verein *Polizeitrainer in Deutschland (PiD)* analysierte den Anschlag auf die Westgate-Shopping-Mall in Nairobi, Kenia, am 21. September 2013. Um 12.30 Uhr drangen vier Terroristen der „Al-Shabaab“ („Die Jugend“), aufgegliedert in zwei Teams, in das Einkaufszentrum ein. Der Anführer Hassan Abdi Dhuhulov hatte 1999 in Norwegen Asyl erhalten und sich 2009 der Gruppe *Al Shabaab* angeschlossen. Bewaffnet waren die Täter mit AK 47 und russischen Handgranaten. Ein Team wählte den Weg über den Haupteingang. Der dort postierte, unbewaffnete Sicherheitsmitarbeiter wurde erschossen. Das zweite Team bahnte sich den Weg zum Parkdeck des fünfstöckigen Gebäudes, wo gerade ein Kochwettbewerb für Kinder stattfand. Zum Zeitpunkt des Anschlags hielten

sich etwa 1.500 Personen im Einkaufszentrum auf. Die Angreifer hatten das Ziel, sofort eine hohe Schockwirkung zu erzielen und im Chaos der Anfangsphase möglichst viele Menschen zu töten. Der Supermarkt wurde durchsucht. Menschen wurden wahllos erschossen. Es gab 72 Tote und etwa 180 Verletzte. Die Opfer stammten aus 13 Nationen. Etwa 60 CCTV-Kameras lieferten Bilder in eine etwa sechs Kilometer entfernte Zentrale, bis die Anlage um 00.54 Uhr von den Terroristen zerstört wurde.

Etwa eine halbe Stunde nach Beginn des Massakers formierte sich privat organisierter Widerstand. Etwa acht mit Pistolen bewaffnete Zivilisten, Sicherheits- und Polizeipersonal nahmen den Kampf gegen die Terroristen auf. Ein Ex-SAS-Angehöriger rettete ca. 100 Menschen, indem er sie, nur mit einer Pistole bewaffnet, aus dem Gefahrenbereich evakuierte. Gegen 15 Uhr wurden zehn Polizisten einer Spezialeinheit eingesetzt, eine Stunde später etwa 20 Soldaten. Wegen mangelnder Erkennbarkeit kam es zu gegenseitigem Beschuss, der einen toten und einen schwerverletzten Polizeibeamten zur Folge hatte. Am Sonntag brach gegen 12.45 Uhr ein Brand aus, in dessen Folge das Parkdeck einstürzte. Erst am Dienstag, dem 24. September, um 18.30 Uhr, war der Einsatz zu Ende. Die Leichen der Terroristen wurden später in den Trümmern gefunden.

Im Vergleich mit den Anschlägen in Mumbai am 26. November 2008 stellte Pokojewski fest, dass es sich in

beiden Fällen um Objekte mit Symbolwert gehandelt habe. Die internationale Herkunft der Opfer verstärkte die weltweite mediale Aufmerksamkeit. Bemerkenswert war die zeitliche Ausdehnung. Die Anschläge wurden arbeitsteilig vorbereitet, die Ausspähphase erstreckte sich auf sechs bis zwölf Monate. Eine Geiselnahme war in beiden Fällen nicht das Ziel. Zu den Auftraggebern bestanden intensive Kontakte über Handy. Im Fall Nairobi spielten die sozialen Medien eine besondere Rolle. *Al-Shabaab* beispielsweise richtete nacheinander sechs Twitter-Accounts ein und reagierte damit auf die Löschung durch den Provider. Auch die Bekennerverlautbarung erfolgte über Twitter. Die sozialen Medien werden daher in derartigen Fällen beobachtet und ausgewertet werden müssen. Die unter enormem Konkurrenzdruck der übrigen Medien entstehenden Berichte, die auch Gerüchten Raum geben, sind kritisch zu beurteilen. Pokojewski: „Erwarte das Unerwartete – heute!“

Dschihadismus. Als Islamismus bezeichnete Dr. Julia Emig vom Landesamt für Verfassungsschutz Hessen eine extremistische Auslegung des Islams, eine totalitäre Ideologie mit Wahrheits- und Absolutheitsanspruch und dem Ziel, einen Gottesstaat zu errichten. Eine besonders radikale Strömung stellt der Salafismus dar, den die Vortragende als die derzeit größte Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands bezeichnete. Der Salafismus (abgeleitet von as-salaf, „die frommen Altvorden“) will eine Rückkehr in das „Goldene Zeitalter“ der vier „rechtleitenden Kalifen“ (632 – 661) und der ersten drei muslimischen Generationen (610 –



Infostand des Vereins „Polizeitrainer in Deutschland“ bei der Enforce Tac 2015.

850), zu einem Leben genau wie damals. Der Koran wird sehr wortgetreu ausgelegt, ohne eine Möglichkeit der Anpassung an derzeitige Lebensverhältnisse. Der Salafismus sieht sich als den einzig wahren Islam, sodass auch Muslime anderer Denkungsart als Ungläubige gelten und zu bekämpfen seien. Die Salafisten sind keine homogene Gruppierung, sondern lose Zusammenschlüsse von Personen, verbunden mit Netzwerkstrukturen.

Unterschieden wird zwischen einem politischen und einem dschihadistischen Salafismus. Die beiden Strömungen unterscheiden sich, bei fließenden Übergängen, nur hinsichtlich der für dasselbe Ziel einzusetzenden Mittel. Der politische Salafismus tritt eher missionierend auf, durch Islamunter-

richt, -seminare, Koranverteileraktionen, Infostände, Kundgebungen, Publikationen und Auftritte im Internet. Der dschihadistische Salafismus setzt auf den bewaffneten Kampf (Dschihad) und sieht die Begehung terroristischer Angriffe als legitimes Mittel. Als vorläufiger Höhepunkt des globalen Dschihadismus gilt die Gründung des *Islamischen Staats (IS)*, eines in Rivalität zu Al-Qaida stehenden Kalifats. Dieses „Staatsbildungsprojekt“ in Syrien, aber auch am Sinai und in Libyen, übt eine Sogwirkung auf Dschihad-Ausreisende aus. Etwa 3.000 bis 5.000 der *Foreign Fighters* kommen aus Europa. Mehr als 660 Ausgereiste stammen aus Deutschland, etwa 60 davon wurden getötet, ca. 200 sind zurückgekehrt. Die Trauma-

tisierten unter ihnen finden sich in der Gesellschaft nicht mehr zurecht; Hilfsorganisationen nehmen sich ihrer an. Nahezu täglich werden Ausreisen oder Ausreiseversuche festgestellt, zumal die Dschihad-Gebiete leichter erreichbar geworden sind.

Die Zahl der Anhänger des Salafismus wird 2015 in Deutschland auf über 7.000 geschätzt, was fast eine Verdoppelung gegenüber 2011 bedeutet. Die regionalen Schwerpunkte liegen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin. Der Salafismus gibt vor, jenen, die sich nicht in der Gesellschaft angenommen fühlen und nicht wissen, wohin sie gehen sollen, Halt und Unterstützung zu geben. Das einfache Weltbild „Gut und Böse“ gibt Erklärungen und Antworten. Durch die Nutzung moderner Medien und bei attraktiven Veranstaltungen wie Fußballturnieren, Grillfesten und Aktionen, werden die Zielgruppen (Jugendliche/junge Erwachsene) leichter erreicht. Die Frau wird als treue Haus- und Ehefrau eines Mudschahidin inszeniert, mit dem vorrangigen Ziel, eine Familie in Dschihad-Gebieten zu gründen.

Die Radikalisierung Einzelner kann mitunter rasch erfolgen („Turbo-Radikalisierung“, etwa in der Pubertät). Indizien können auffallende Wesens- und Verhaltensänderungen sein (einer Frau wird nicht mehr die Hand gegeben); zunehmende Isolation und Rückzug auf sich selbst; die Verwendung islamistischer Symbole; Äußerungen, die auf eine islamistische Gesinnung schließen lassen; auffällig strenge Befolgung religiöser Vorschriften (strikte Einhaltung von Gebetszeiten) oder die Weigerung, mit Nicht-Muslimen in Kontakt zu treten. Diese Indizien sind jedoch in einer Gesamtschau zu sehen.

POLIZEITRAINER

10. Fachkonferenz

Die *Europäische Polizeitrainer Fachkonferenz*, veranstaltet vom Verein *Polizeitrainer in Deutschland (PiD)*, findet seit 2006 im Messezentrum Nürnberg statt – jeweils an den beiden Vortagen zur Internationalen Waffenausstellung (*IWA&OutdoorClassics*) und seit 2012 parallel

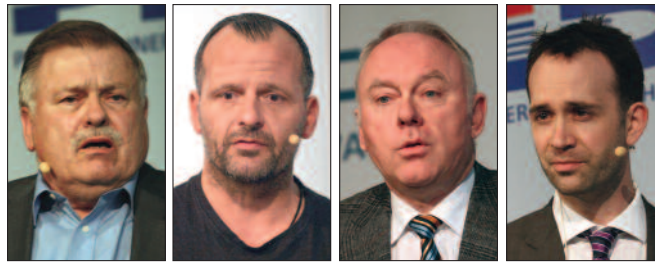
zur *Enforce Tac*. Der erste Tag ist Vorträgen gewidmet. Am zweiten Tag findet ein praktisches Training statt. An der 10. Europäischen Fachkonferenz am 4. und 5. März 2015 nahmen 300 Interessierte aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Großbritannien, Frankreich sowie den USA teil.

www.polizeitrainer.de

Wundballistik. „Die Wirksamkeit eines Geschosses ist das grundsätzliche Wirkpotenzial, die Wirkung hingegen bezieht sich auf ein konkretes Ereignis“, erläuterte Prof. Dr. Markus A. Rothschild vom Institut für Rechtsmedizin der Uniklinik Köln. Das Wirkpotenzial wird bestimmt durch die Querschnittsbelastung des Projektils, also das Verhältnis der Masse des Geschosses zur Fläche seines Querschnitts. Ebenso verhält es sich mit der Energiedichte pro mm². Je größer die Masse/Energiedichte gegenüber der Fläche ist (hohe Querschnittsbelastung), umso kleiner ist der Einschuss, umso weniger Energie gibt das Geschoss pro cm ab und umso tiefer dringt es ein. Umgekehrt, bei größerem Querschnitt und demgemäß geringerer Querschnittsbelastung, ist der Einschuss größer, das Geschoss gibt pro cm mehr Energie ab und dringt weniger tief ein. Deformationsgeschosse bilden durch ihre Verformung (Aufpilzen) einen höheren Querschnitt aus.

Geschosse werden durch den Drall in eine Drehbewegung um die eigene Achse versetzt (Kreiselstabilisierung). Allerdings führt die Geschoss-Spitze Kreisbewegungen im Verhältnis zur Flugbahn aus (Präzession), was sich erst nach längerer Flugbahn stabilisiert. Ein Geschoss wird daher von vornherein mit einer Winkelabweichung auftreten, die zu einer Schräg- oder Querlage und somit zu einer größeren temporären Wundhöhle führen kann.

Schon aus ballistischen Gründen kann daher, außer bei Verletzungen von Gehirn oder oberem Halsmark, die tatsächliche Wirkung eines Schusses nicht vorhergesagt werden. Noch weniger dann, wenn Treffpunktlage und Verlauf des Schusskanals



Referenten bei der Polizeitrainer-Fachkonferenz: Bernd Pokojewski (PiD), Ralf Schmidt (PiD), Leitender Polizeidirektor Werner Süssmann, Rechtsanwalt Cornelius Birr.



Nicht letale Trainingsmunition (Farbmarkierungsmunition).

hinzukommen, bis hin zum physischen und psychischen Zustand des Getroffenen. Menschen, die Durchschüsse beider Herzkammern aufgewiesen haben, waren noch bis zu elf Stufen hinaufgerannt, ehe sie zusammenbrachen. Eine „Aufhaltekräft“ können Schüsse aus Faust- und Handfeuerwaffen schon aus physikalischen Gründen (Impulserhaltungssatz) nicht haben.

Eigensicherung. Die fehlende Mannstoppwirkung beim Einsatz von Schusswaffen und das Problem der Eigensicherung erörterte Rechtsanwalt Dr. Cornelius Birr aus juristischer Sicht.

Das Notwehrrecht wirft das Problem auf, wann ein Angriff unmittelbar bevorsteht. Indikatoren dafür können nach der Rechtsprechung des BGH eine drohende Körperhaltung, das Vorzeigen von Waffen, ein Griff in die Tasche oder hinter den Rücken sein, Überbrückung der sozialen Distanz oder verbale Drohungen. Die Verteidigung muss das rela-

tiv mildeste Mittel der Abwehr sein, mit den Rechtsproblemen der Sonderfertigkeiten bzw. des Waffeneinsatzes überhaupt. Personen mit Sonderfertigkeiten (Boxer) wird pauschal eine besondere Kampffähigkeit unterstellt. „Die Rechtsprechung tendiert dazu, Waffenträgern pauschal zu unterstellen, dass sie die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Waffe in milderer Art und Weise einzusetzen, als sie dies getan haben“. Dafür, wie die „richtige“ Entscheidung zu treffen ist, stellte Birr drei psychologische Theorien vor. Nach dem *Recognition-Primed-Decision-Model* von Gary A. Klein ist die wesentliche Voraussetzung effektiven Entscheidens in kritischen Situation das Wiedererkennen der Situation, also auf der Erfahrung (und dem Training) aufbauend.

Body-Cams. Ian Hackett von der *London Metro Police* berichtete über die Erfahrungen der Polizei in England mit dem Einsatz von am Körper getragenen Videoka-

meras (*Body-worn Cameras*). Der Kameraeinsatz sollte Offenheit und Transparenz zeigen und das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgewinnen: „Wir haben nichts zu verbergen.“ Die wissenschaftlich begleiteten Erprobungen erfolgten in London und in zwei ländlichen Regionen. Dadurch sollten möglichst viele Einsatzsituationen abgedeckt werden.

Das Angebot der Hersteller von Action-Cams hat immer wieder Schwächen aufgewiesen, etwa beim schnellen Wechsel von Sonnenschein zu dunklen Räumen. Die Standard-Auflösung hat sich besser bewährt als HD. Auf der Brust fixierte Kameras eignen sich für den Patrouillengang, nicht aber, wenn beispielsweise Schutzschilde zum Einsatz kommen. In solchen Fällen sind Helmkameras besser geeignet.

Schlüsselerfahrung war, dass die Zahl der Beschwerden über Polizeibeamte mit Kameras erheblich zurückgegangen ist. Beim Einsatz von über 1.000 Kameras kam es in 34 Fällen zu Beschwerden, die in keinem Fall zu weiteren Verfahren gegen die Polizisten führten. Für die Polizisten bedeutet das weniger Stress, weniger Zeitaufwand und es ist auch ökonomisch von Vorteil – ein Beschwerdefall verursacht im Durchschnitt 2.000 Euro an Kosten. Ferner kann dem Richter und der Jury vor Augen geführt werden, wie sich körperliche und häusliche Gewalt abspielen oder gesellschaftliche Probleme sich äußern. Vielfach hatte die technische Ausrüstung bei den Gerichten noch nicht den nötigen Standard.

Die Tests werden fortgesetzt und gehen neben technischen Verbesserungen in Richtung der Übermittlung von Live-Streams an eine Zentrale. Kurt Hickisch

FOTOS: KURT HICKISCH